

**Nr. 19/14 vom 13.09.2019**

**Arbeitskreis „Zukunftsenergien“**

**Das Gebäudeenergiegesetz - Basis für wirksame Klimaschutzmaßnahmen im Gebäudesektor?**

**Berlin. Der Klimaschutzplan 2050 sieht vor, die CO<sub>2</sub>-Emissionen von Gebäuden bis zum Jahr 2030 um rund 67% im Vergleich zu 1990 zu senken. Bis 2050 soll dieser Sektor nahezu ohne CO<sub>2</sub>-Emissionen auskommen. Im Rahmen des Arbeitskreises „Zukunftsenergien“ wurde am 9. September 2019 in Berlin darüber diskutiert, ob der Referentenentwurf zum Gebäudeenergiegesetz eine Basis für wirksame Klimaschutzmaßnahmen im Gebäudesektor schafft.**

Der Referentenentwurf zum Gebäudeenergiegesetz (GEG) vereinheitliche das Energieeinsparrecht für Gebäude, betonte MinR Andreas Jung, Referatsleiter II C 2 - Rechtsfragen Wärme und Effizienz in Gebäuden - im Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, im Rahmen des Arbeitskreises „Zukunftsenergien“. Dabei setze man die Vereinbarungen des Koalitionsvertrags von CDU/CSU und SPD um, indem die Energiestandards nicht verändert würden. Dies sei notwendig, um auch zukünftig bezahlbaren Wohnraum zur Verfügung stellen zu können. Durch die Definition langfristiger Rahmenbedingungen und durch eine verbindliche CO<sub>2</sub>-Angabe auf Energieausweisen leiste der Entwurf ferner einen Beitrag zur Verknüpfung von Klimaschutz und Wirtschaftlichkeit, unterstrich Jung. Quartierslösungen würden durch die Aufnahme der „Innovationsklausel“ unterstützt.

Die stellv. Bundesgeschäftsführerin der Deutschen Umwelthilfe e.V., Barbara Metz, kritisierte, dass mit diesem Entwurf die Einhaltung der Klimaschutzziele nicht sichergestellt werde. Hierfür müssten Neubauten mindestens dem KfW-40 Standard entsprechen und nicht, wie im Entwurf vorgesehen, weiterhin dem Standard der Energieeinsparverordnung (EnEV) 2016. Steigende energetische Standards hätten zudem nur geringen Einfluss auf die Höhe der Baukosten. Bezüglich des Gebäudebestandes forderte sie bei Vollsanierungen künftig die Einhaltung des KfW-55-Standards. Da die bisherigen Anreize nicht die benötigten Effekte bewirkten, sei es notwendig, zusätzlich über ordnungsrechtliche Maßnahmen nachzudenken. So fordere die DUH ein Verbot von Ölheizungen ab 2020 und ein Verbot von Gasheizungen ab 2025. Zudem sprach sich Metz für eine CO<sub>2</sub>-Bepreisung aus, deren Lenkungswirkung direkt beim Eigentümer ankomme.

Größtenteils enthalte der GEG-Entwurf vernünftige Elemente, so Manfred Greis, Mitglied des Beirats des Instituts für Klimaschutz, Energie und Mobilität e.V. Positiv zu bewerten seien u.a. die Vereinheitlichung des Gebäudeeinsparrechts, die Schaffung eines langfristigen Rechtsrahmens für Energieeffizienz und die Nutzung von erneuerbaren Energien im Gebäudesektor sowie ein vereinfachtes Nachweisverfahren. Gleichzeitig kritisierte Greis die Uneinigkeit der federführenden Bundesministerien hinsichtlich der Effizienzstandards, das Fehlen einer klaren Vorgabe der zu erzielenden Energieeinsparungen und das Fehlen eines Primärenergiefaktors für synthetische Kraftstoffe. Er stellte klar, dass Anreize alleine wohl nicht mehr ausreichen, um die Klimaschutzziele zu erreichen. Zusätzlich brauche es ein intelligentes Ordnungsrecht – jedoch keine Verbote.

Axel Gedaschko, Präsident des GdW Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen e.V. sowie Kurator des Forum für Zukunftsenergien e.V., kritisierte, dass es seitens der Bundesregierung keine eindeutigen Zielvorgaben für die

Reduktion der CO<sub>2</sub>-Emissionen im Gebäudesektor gebe und zielgerichtete Maßnahmen unter diesen Umständen nur schwer ergriffen werden könnten. Eine steuerliche Förderung energetischer Gebäudesanierung hätte im Falle der Mitgliedsunternehmen des GdW keinen spürbaren Effekt, wirksamer wäre eine direkte Investitionsförderung. Die im Referentenentwurf vorgesehene „Innovationsklausel“ befürwortete Gedaschko. Angesichts des „Eigentümer-Mieter“-Dilemmas im Gebäudesektor könne die z.Z. diskutierte CO<sub>2</sub>-Bepreisung nur eine kleine Stellschraube für mehr Klimaschutz sein. Grundsätzlich müsse sich die Gesellschaft die Frage stellen, ob sie bereit sei, für höhere Standards auch höhere Zuschüsse in Höhe von ca. 6 Mrd. Euro jährlich zu leisten, um bezahlbare Mieten zu gewährleisten.

In der anschließenden Debatte diskutierten Timon Gremmels, MdB (SPD), Daniel Föst, MdB (FDP), Ralph Lenkert, MdB (Die Linke) und Christian Kühn, MdB (Bündnis 90/Die Grünen) mit Dr. Annette Nietfeld, Geschäftsführerin des Forum für Zukunftsenergien e.V., über den Inhalt des aktuellen GEG - Entwurfs.

In der Diskussion wurde deutlich, dass die Parlamentarier eine CO<sub>2</sub>-Bepreisung nur im Rahmen eines umfänglichen Maßnahmenpaketes als wirkungsvoll bewerten. Timon Gremmels unterstrich, dass das GEG Teil einer Klimagesamtstrategie werden müsse und es deshalb entsprechend den Empfehlungen des Klimakabinetts am 20. September 2019 Änderungen am jetzigen Entwurf geben werde. Grundsätzlich müsse auf Sozialverträglichkeit der neuen Bestimmungen geachtet werden. Gremmels plädierte dafür, sowohl die Investitionsförderung als auch eine steuerliche Förderung im GEG vorzusehen. Zudem dürfe das Thema „Energieeffizienz“ nicht gegen erneuerbare Energien ausgespielt werden.

Auch Daniel Föst rechnet damit, dass der GEG-Referentenentwurf den Empfehlungen des Klimakabinetts folgend überarbeitet werden wird, insbesondere wenn der Fokus auf eine CO<sub>2</sub>-Reduktion gelegt werden soll. Um dieses Ziel kosteneffizient zu erreichen, müsse auch der Gebäudesektor in den EU-Emissionshandel integriert werden. Zusätzlich sei es erforderlich, die Kosten unter allen Beteiligten fair aufzuteilen – die Gebäudeeigentümer dürften nicht allein finanziell belastet werden. Im Falle einer Aufstockung der Förderprogramme müssten im Übrigen genügend Handwerker zur Verfügung stehen, gab Föst zu bedenken.

Ralph Lenkert forderte eine Finanzierung der energetischen Gebäudesanierung, welche die Warmmieten konstant hält und plädierte für eine direkte Investitionsförderung der Vorhaben. Er begrüßte es, dass die vormals vorgesehene Umstellung der Berechnung des Primärenergiefaktors im Bereich der Fernwärme auf die „Carnot-Methode“ im Referentenentwurf herausgenommen wurde.

Christian Kühn kritisierte, dass es durch die Vereinbarung im Koalitionsvertrag zu keiner Anhebung der Standards im Referentenentwurf gekommen ist. Dies sei ein falsches Signal, da jetzt für 2050 gebaut werde. Würden nicht jetzt die richtigen Maßnahmen eingeleitet, werde es zur Mitte des Jahrhunderts zu radikalen Einschnitten kommen. Dies müsse verhindert werden. Dabei sei es wichtig, auch die sogenannte „Graue Energie“ in das GEG aufzunehmen. Darüber hinaus könne z.B. ein Quartiersanierungsprogramm aus der Städtebauförderung die richtigen Impulse setzen.

Wir danken dem GdW Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen e.V. für die Unterstützung und dem Deutschen Sparkassen- und Giroverband e.V. für die Gastfreundschaft.

Die Präsentationen stehen in Kürze für die Mitglieder des Forum für Zukunftsenergien e.V. auf der Website (Presse/Publicationen) zum Download bereit. Sollten Sie persönlich oder Ihr Unternehmen / Ihre Institution Mitglied im Forum für Zukunftsenergien sein und noch keine Zugangsdaten haben, senden Sie bitte eine E-Mail an: [info@zukunftsenergien.de](mailto:info@zukunftsenergien.de).

### **Über das Forum für Zukunftsenergien e.V.**

Das Forum für Zukunftsenergien engagiert sich als einzige branchenneutrale und parteipolitisch unabhängige Institution der Energiewirtschaft im vorparlamentarischen Raum in Deutschland. Der eingetragene Verein setzt sich für erneuerbare und nicht-

erneuerbare Energien sowie rationelle und sparsame Energieverwendung ein. Ziel ist die Förderung einer sicheren, preisgünstigen, ressourcen- und umweltschonenden Energieversorgung. Dem Verein gehören ca. 230 Mitglieder aus der Industrie, der Energiewirtschaft, Verbänden, Forschungs- und Dienstleistungseinrichtungen sowie Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Verwaltung an.

**Kontakt:**

Forum für Zukunftsenergien e.V.  
Reinhardtstr. 3  
10117 Berlin

Tel.: 030 / 72 61 59 98 - 0  
Fax: 030 / 72 61 59 98 - 9  
[www.zukunftsenergien.de](http://www.zukunftsenergien.de)  
Twitter @FfZeV